

## Israel soll durch die Hintertür in die OECD gelangen Beitritt trotz politischen Vorbehalten

Israel wird trotz politischen Bedenken OECD-Mitglied. Um Schwierigkeiten zu umgehen, wird der Beschluss offenbar auf Montag vorgezogen.

Manfred Rist, Paris

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) steht vor einem wichtigen, aber umstrittenen Erweiterungsentscheid. Noch in diesem Monat werden Slowenien, Estland und Israel in die Organisation aufgenommen. Während der Beitritt der beiden erstgenannten Länder kaum für Diskussionsstoff sorgt, bleibt der anstehende Beitritt Israels kontrovers. Wirtschaftlich und technisch lässt sich gegen eine Aufnahme des in vielen Bereichen hochentwickelten Kleinstaats nichts einwenden. Auf der politischen Ebene, besonders mit Blick auf die Lage in den besetzten Gebieten, ist der Fall aber weniger eindeutig.

Das gilt auch für anderes: Ein formeller Beschluss ist (bzw. war) auf Ende Mai geplant. Vom 26. bis zum 28. Mai ist dafür eine Ministerkonferenz am Sitz der Organisation in Paris vorgesehen; daran würden auch die neuen Mitglieder teilnehmen. Nun soll – wenn nicht alles täuscht – der Erweiterungsschritt auf unspektakuläre Weise vorgezogen werden. Bereits am Montag werden demnach Regierungsvertreter der 31 Mitgliedstaaten ohne Fanfaren die Aufnahme der drei neuen Mitglieder beschliessen. Erstmals in ihrer Geschichte muss die 1961 gegründete Organisation nämlich mit Protestaktionen gegen den Beitritt eines Kandidaten rechnen.

### Anerkannte Stärken

Einen Blankocheck hat die OECD Israel nie ausgestellt. In ihrem Länderbericht vom Januar preist die Organisation zwar die wirtschaftliche Erfolgsstory der seit der Gründung vergangenen sechs Jahrzehnte. Dabei finden vor allem die unter schwierigen Bedingungen erfolgten Aufbauarbeiten einer Einwanderungsnation Anerkennung, die in Hightech-Sektoren und Wissenschaftsbereichen Ausserordentliches geleistet hat. Auch der Umgang mit dem weltweit zunehmend knappen Rohstoff Wasser findet viel Lob.

Doch weisen die Ökonomen in der Analyse auf die sozioökonomischen Schwachstellen hin, etwa die hohe Armutsquote (von 20%). Sie ist vor allem auf zwei (bevölkerungsmässig wachsende) Randgruppen in der Gesellschaft zurückzuführen. Zum einen auf die diskriminierte Minderheit der Araber; zum anderen auf die orthodoxen Glaubensbrüder der Haredim. Ferner werden – in Fussnoten – stellenweise Zweifel an der statistischen Zuverlässigkeit von Wirtschaftsdaten geäussert, die je nach Opportunität Zahlen zu den besetzten Gebieten ein- oder ausschliessen. In diesem Zusammenhang wird angesprochen, dass Israel

ausländische Arbeitskräfte auf fragliche Weise anheuert und beschäftigt sowie die palästinensischen Gebiete wirtschaftlich abschneidet. Israel ist weltwirtschaftlich zwar bestens integriert und weist ein mit den OECD-Staaten vergleichbares Pro-Kopf-Einkommen aus. Doch in der unmittelbaren Nachbarschaft des Landes herrschen problematische Zustände, was unter anderem eine Anwendung der Freihandelsabkommen verunmöglicht, die die palästinensische Regierung mit der EU und der Efta geschlossen hat. Die Aufnahme Israels muss zwar (unter Einschluss aller Mitgliedstaaten) einstimmig beschliessen werden, doch mit einer Verzögerung in letzter Minute ist nach Angaben involvierter Kreise nicht zu rechnen. Das hängt vor allem mit dem vorwiegend auf wirtschaftliche Bereiche ausgerichteten Charakter der OECD zusammen.

### Keine politische Organisation

Weder in der Gründungsakte vor einem halben Jahrhundert noch im nachfolgenden «Acquis» hat sich die OECD je als politische Organisation definiert, die sich ausdrücklich die Wahrung von Menschenrechten auf ihre Fahne geschrieben hat. Letzteres kommt nur implizit im etwas diffusen Prinzip der «like-mindedness» zum Ausdruck. Darunter versteht man, grob interpretiert, dass Demokratie und Menschenrechte zwar erstrebenswert sind, dass damit aber nicht missioniert wird. Zu den deklarierten Fixpunkten der OECD gehören indessen Marktwirtschaft, Good Governance, Nachhaltigkeit und Fairness. Übergreifend gilt ferner der Grundsatz, dass durch die Publikation und die sachliche Erörterung von «best practices» und «benchmarking» auf zahlreichen Gebieten von guten wie schlechten Erfahrungen profitiert werden kann. Daher ist ein Einschluss Israels, das ja auf zahlreichen Gebieten Weltstandards setzt, aus OECD-Optik folgerichtig.

### Grosse Ausdehnung angestrebt

Folgerichtig – aber durchsetzt von politischem Unbehagen in einigen Mitgliedstaaten. Scheitern wird Israel an der letzten Hürde deswegen nicht. Dies hat auch mit der Beitrittsdynamik zu tun. Sie wurde mit der Einladung zur Eröffnung von Verhandlungen im Mai 2007 eingeleitet, was in der entsprechenden «roadmap» zum Ausdruck kommt. Hier stehen traditionell technische Aspekte im Vordergrund, etwa Steuersysteme, die Wettbewerbsgesetzgebung, das Bildungswesen oder soziale Sicherungsnetze. Die Kandidatenländer verpflichten sich zu Reformen und der Annäherung an OECD-Standards. Was in diesem Prozess nicht thematisiert worden ist, kann am Schluss der Prozedur schlecht als Beitrittschürde gelten.

## Die OECD scheut klare Worte Inkonsequenz überschattet den Beitritt Israels

rt. Paris

Die Entscheidung steht vor der Tür, und der Beschluss steht fest: Israel wird OECD-Mitglied.

Zusammen mit Estland und Slowenien. Das sei gut und folgerichtig, meint man am Sitz der Organisation in Paris. Wer etwas bewirken wolle, müsse direkt mit dem Partner sprechen. Druck von innen (peer pressure) sei mithin besser als Rufe von aussen. An Letzteren mangelt es nicht. Jüdische Intellektuelle im Ausland drängen dieser Tage die Regierung Israels unverblümt, mit dem Bau neuer Siedlungen in den besetzten Gebieten aufzuhören, Uno-Konventionen zu respektieren, Wirtschaftsblockaden zu beenden und einen dauerhaften Frieden anzustreben. Die Appelle basieren auf der Einschätzung, dass dem Land mit einer Aussöhnung und einer regionalen Integration längerfristig besser gedient ist als mit dem Ausspielen seiner militärischen und wirtschaftlichen Überlegenheit. Dass die OECD auf Zureden am Tisch setzt, an dem Israel in Zukunft als gleichberechtigter Partner Platz nimmt, und glaubt, damit einen Beitrag zur Entspannung im Nahen Osten leisten zu können, nimmt man zur Kenntnis. Sehr überzeugend und logisch wirkt es nicht. Denn wenn sich die OECD im Prozess der Beitrittsverhandlungen nicht als politisch zuständig gefühlt hat, besteht kein Grund anzunehmen, dass sie sich nach der Aufnahme Israels dazu berufen fühlt. Wenn – um ein halbwegs kritisches Mitgliedsland zu zitieren – der Elefant einmal im Porzellanladen steht, wird das Zureden in der Regel nicht einfacher. So stellt sich die Frage, ob es der OECD nach der Eskalation im Nahen Osten, notabene unmittelbar nach der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen vor drei Jahren, nicht gut angestanden hätte, die Hinweise auf die Abschnürung wirtschaftlicher Gebiete, Diskriminierungen und Behinderungen von Warenverkehr etwas deutlicher anzubringen. Damit hätte man sich wohl etwas in die Sphären der Politik vorgewagt. Doch immerhin mit gehörigem wirtschaftlichem Sachverstand, und entsprechend in Einklang mit den Statuten.